

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Karl Freller

Abg. Martin Hagen

Abg. Bernhard Seidenath

Abg. Katharina Schulze

Abg. Dr. Fabian Mehring

Abg. Franz Bergmüller

Abg. Horst Arnold

Abg. Markus Plenk

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Abg. Prof. Dr. Gerhard Waschler

Abg. Gabriele Triebel

Abg. Dr. Dominik Spitzer

Abg. Klaus Stöttner

Abg. Tanja Schorer-Dremel

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

**Aktuelle Stunde gem. § 65 BayLTGeschO auf Vorschlag der FDP-Fraktion
"Ministerpräsidentenkonferenz am 10. Februar: Perspektiven aus dem
Lockdown aufzeigen."**

Meine Damen und Herren, Sie kennen das Prozedere. Jede Rednerin und jeder Redner hat grundsätzlich fünf Minuten Redezeit. Eine Rednerin oder ein Redner können auch zehn Minuten Redezeit erhalten. Die fraktionslosen Kollegen können zwei Minuten sprechen. – Der erste Redner steht bereits am Rednerpult. Ich darf Herrn Abgeordneten Martin Hagen das Wort erteilen. Bitte schön.

Martin Hagen (FDP): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Seit Oktober ist es Usus, dass der Landtag nach den Bund-Länder-Beratungen die Corona-Beschlüsse der Ministerpräsidentenkonferenz diskutiert und diese dann mit den Stimmen der Regierungsfaktionen absegnet. Eine parlamentarische Willensbildung im Vorfeld einer MPK, also eine Diskussion darüber, was denn die bayerische Verhandlungslinie bei diesen Gesprächen sein soll, gab es bisher nicht. Genau das schafft die FDP heute mit ihrer Aktuellen Stunde. Wir wollen darüber sprechen, wie es mit der Corona-Politik weitergehen soll. Verehrte Kolleginnen und Kollegen der Regierungsfaktionen, das ist auch für Sie die Chance, Farbe zu bekennen, bevor Sie der Ministerpräsident vor vollendete Tatsachen stellt. Das ist eine Chance, vielleicht auch eine Bürde; denn in letzter Zeit war nicht immer so ganz klar, wofür Ihre Fraktionen eigentlich stehen.

Bei den FREIEN WÄHLERN ist es das altbekannte Spiel: Sie fordern in Sonntagsreden gebetsmühlenhaft Lockerungen, um dann tags darauf am Kabinetttisch von Söder das Gegenteil zu beschließen. Das kennen wir. Spannend war auch, was wir in den letzten Tagen über die Fraktion der CSU lesen konnten. Die "Süddeutsche Zeitung" berichtet, dass der Corona-Kurs Ihres Parteichefs in den eigenen Reihen zunehmend auf Kritik stößt. Dabei ist von der Forderung nach einer Kurskorrektur die Rede. Der CSU-Abgeordnete Ländner wird mit den Worten zitiert: "Die Menschen wollen

eine Veränderung, das merken wir täglich." Herr Kollege Ländner, wir merken das auch.

Ich stimme der Landtagspräsidentin Ilse Aigner ausdrücklich zu, wenn sie sagt, man müsse darlegen, welche Lockerungen bei bestimmten Inzidenzen möglich seien. Die Menschen bräuchten eine Perspektive, ein Szenario, wie es nach dem langen Lock-down weitergeht. Anders als Ihr Fraktionschef Kreuzer, der diese Vorschläge intern wohl recht unwirsch abgebügelt hat, sage ich Ihnen: Sie haben recht, verehrte Frau Präsidentin! Allein von Perspektiven zu reden, reicht nicht aus. Die Regierungsfractionen haben es in der Hand, diese Perspektiven zu schaffen. Kolleginnen und Kollegen von der CSU, werden Sie also Ihrer Verantwortung gerecht, und nicken Sie nicht nur ab, was aus der Staatskanzlei kommt! Machen Sie eigene Vorschläge! Heute ist die Gelegenheit dafür.

(Beifall bei der FDP)

Wir alle wissen: Corona bleibt gefährlich. Niemand, wirklich niemand, fordert eine Totalöffnung von jetzt auf gleich. Aber die Menschen im Lande brauchen und verdienen eine Perspektive. Täglich erreichen mich Briefe und E-Mails von verzweifelten Eltern, die nicht wissen, wie sie Homeoffice und Homeschooling unter einen Hut bringen sollen, und die sich um die Bildung und die soziale Entwicklung ihrer Kinder sorgen. Kinderärzte und Psychologen schlagen Alarm. Wirtschaftswissenschaftler warnen vor den drastischen Langzeitfolgen für eine Generation, die um ihre Bildungschancen gebracht wird.

Täglich erreichen mich auch Briefe und E-Mails von Friseuren, Einzelhändlern, Gastronomen und anderen Gewerbetreibenden, die sich um ihre wirtschaftliche Existenz sorgen, die viel Geld und Herzblut in ihre Geschäfte investiert haben, seit Monaten ohne Einkommen sind und bisher keinen Cent der von Ihnen versprochenen Hilfen gesehen haben. Sie haben ihre Ersparnisse aufgebraucht und wissen nicht, wovon sie morgen ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bezahlen sollen. Nur sehr wenige Briefe

erreichen mich von Menschen, die der Lockdown in die Depression oder in andere psychische Krankheiten treibt. Nicht etwa, weil es diese Menschen nicht gäbe, sondern weil sie ihre Probleme meist mit sich ausmachen. Sie regeln das selbst im Stillen und offenbaren sich damit nicht. Meine Damen und Herren, all diese Menschen brauchen dringend eine Perspektive. Unser Land braucht eine Perspektive aus dem Lockdown. Unsere Aufgabe, ja unsere Pflicht als Politiker ist es, diese Perspektive aufzuzeigen.

(Beifall bei der FDP)

Ein klares Ziel vor Augen motiviert zum Durchhalten. Ich kenne das als Marathonläufer. Was demotiviert und frustriert, ist, wenn dieses Ziel immer neu angepasst wird, so dass es immer weiter in die Ferne rückt. Auf einem Schild steht zum Beispiel "noch zehn Kilometer" und auf dem nächsten Schild "noch zwölf Kilometer". Genau das passiert gerade. Bis vor Kurzem hieß es noch, das Ziel des Lockdowns sei ein Inzidenzwert von 50, und jetzt ist plötzlich von einem Wert von 10 die Rede. Meine Damen und Herren, da fühlen sich die Menschen zu Recht für dumm verkauft.

(Zuruf)

Nein, die Bürger im Land verdienen verlässliche Perspektiven aus dem Lockdown. Die FDP hat einen Stufenplan aus dem Lockdown vorgelegt, den mein Kollege Dr. Spitzer heute noch näher vorstellen wird. Darin wird aufgezeigt, wie das gehen kann. Dieser Plan orientiert sich am Infektionsgeschehen und ist mit einer Art Notfallbremse für den Fall, dass die Infektionsdynamik sprunghaft zunimmt, ausgestattet. Er orientiert sich auch am Impffortschritt und ist regional differenziert. Das ist ganz wichtig. Es kann nicht sein, dass ein Landkreis wie Neuburg-Schrobenhausen mit einer Inzidenz von 22 den gleichen Einschränkungen unterliegt wie der Landkreis Tirschenreuth mit einer Inzidenz von 400.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, jeder Monat Lockdown kostet unsere Volkswirtschaft 15 Milliarden Euro. Ich frage mich, wie viele Klassenzimmer man für diese Summe mit

Luftfiltern ausstatten könnte. Wie viele Altenheime könnten dafür mit Schnelltests für alle Mitarbeiter und Besucher ausgerüstet werden?

Erster Vizepräsident Karl Freller: Bitte beachten Sie Ihre Redezeit.

Martin Hagen (FDP): Wie viel Personal zur Kontaktnachverfolgung könnte man dafür einstellen? Herr Minister, welche technologischen Innovationen könnten flächendeckend zum Einsatz gebracht werden, um Begegnungen am Arbeitsplatz, im Bahnhof, beim Einkaufen und im Theater sicher zu machen? Bayerische Unternehmen bieten im Bereich KI faszinierende Möglichkeiten.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Herr Abgeordneter, Sie sind bereits über der Zeit.

Martin Hagen (FDP): 15 Milliarden Euro könnten monatlich investiert werden, um die Pandemie effektiv zu bekämpfen.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Herr Abgeordneter, ich bitte Sie, zum Ende zu kommen.

Martin Hagen (FDP): Das sind 15 Milliarden gute Gründe für eine Öffnungsperspektive. Meine Damen und Herren, ich freue mich auf die Debatte.

(Beifall bei der FDP)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Danke schön, Herr Abgeordneter Hagen. – Ich darf Herrn Abgeordneten Seidenath aufrufen.

Bernhard Seidenath (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Coronavirus hat Bayern, hat Deutschland und Europa, ja die ganze Welt fest im Griff. Das Virus setzt die Agenda. Nicht wir können dem Virus sagen, was es zu tun hat, sondern das Virus sagt es uns. Wir können schlecht planen, wir müssen auf Sicht fahren. Die Zahlen entwickeln sich gut. Das zeigt, dass die bisherigen Maßnahmen richtig und im wahren Sinne des Wortes notwendig waren. – Ich möchte hier auch einmal an die Adresse der Herren von

der FDP sagen: Wenn wir den Vorschlägen, die Sie in den letzten Wochen und Monaten gemacht haben, gefolgt wären, stünden wir nicht so gut da, wie wir jetzt dastehen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Es sähe deutlich schwieriger aus. Nein, die Situation entwickelt sich gut. Die Staatsregierung hat die richtigen Entscheidungen getroffen. Am Beispiel vieler Länder – denken wir etwa an Irland, aber auch an Israel, Österreich, Portugal oder jetzt Südtirol – sehen wir, dass sich das ganz schnell ins Gegenteil verkehren kann, zum Beispiel durch überstürzte großflächige Lockerungen.

Es geht jetzt um eine Politik des Verantwortbaren. Es geht um eine nachhaltige Politik, darum, nicht etwa heute etwas zu erlauben, was morgen als Fehler erkannt und wieder zurückgenommen werden muss. Gerade jetzt, so kurz vor dem Ziel, dürfen wir keine Fehler machen. Klar ist aber auch: Die Menschen wollen und brauchen auch eine Perspektive. Das spüren wir allenthalben. Sie sehnen sich nach einer schrittweisen Rückkehr zur Normalität. Der Lagerkoller nimmt zu. Sie halten sich in aller Regel an die Maßnahmen. Dafür müssen sie auch belohnt werden, sobald es irgend geht.

In der Theorie ist für mich die Sache einfach und relativ klar: Es gilt der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz. Unsere Ziele sind: das Virus zu bekämpfen, Leben und Gesundheit der Menschen zu bewahren und unser Gesundheitssystem vor einer Überlastung zu schützen. Diese Ziele müssen wir mit Mitteln anstreben, die dafür geeignet sind und die auch erforderlich sind. Gleichzeitig darf es kein milderes Mittel geben, das genauso geeignet wäre. Wenn ein weniger einschneidendes Mittel zur Verfügung steht, das genauso geeignet ist, dann muss es gewählt werden. Im Klartext: Lockern können wir, sobald es vertretbar ist, lockern müssen wir auch, sobald es vertretbar ist. Es muss aber vertretbar sein. Wir haben Verantwortung für die höchsten Rechtsgüter im Land, Leben und Gesundheit. Wir haben Verantwortung für die Menschen, die sich in den Krankenhäusern und anderswo um die Schwerkranken kümmern, und wir haben Verantwortung für das Vertrauen der Menschen in unseren Staat. Heute hü, morgen hott,

übermorgen wieder hü – da würde keiner mehr mitmachen. Wir brauchen keine Achterbahnfahrt, nicht jeden Tag eine neue Agenda, sondern wir brauchen Verlässlichkeit. Wir brauchen Stabilität, gerade jetzt in dieser Katastrophe.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

In der Debatte vom 27. Januar 2021 zur letzten Regierungserklärung habe ich gesagt, dass das die letzte Regierungserklärung sein wird, die sich mit einer Verschärfung bzw. mit einer Verlängerung der Maßnahmen befasst; die künftigen Regierungserklärungen werden sich damit befassen, wie man behutsam und verantwortlich lockern kann. – Genau an diesem Punkt sind wir nun. Die Frage ist nun, was wieder geöffnet werden kann, ohne große Infektionsketten auszulösen und doch in vielen Bereichen wieder zur Normalität zurückzukehren.

Es ist gar nicht so einfach, die Theorie in die Praxis umzusetzen. Auch Lockerungen dürfen nicht zu Ungleichbehandlungen führen. Vergleichbare Gruppen müssen vergleichbar behandelt werden. Wenn zu viel auf einmal gelockert wird, laufen wir Gefahr, dass wir mit dem Hintern wieder einreißen, was wir mit den Händen aufgebaut hatten. Angesichts der Zahlen halte ich es beispielsweise für denkbar, die Grundschüler in den ersten Klassen wieder in den Präsenzunterricht zu lassen. Es gibt die eine oder andere Option, die wir Schritt für Schritt, mit Fingerspitzengefühl und Sachverstand angehen müssen.

Besser als ein Anknüpfen an einen konkreten Termin ist aber ein Festmachen an den Inzidenzwerten. Wir haben das so auch bei den Lockdown-Maßnahmen gehandhabt. Je nach Inzidenz wird dann nachjustiert, wenn auch manches erst in einiger Zeit wirksam werden kann. Auf die Perspektive kommt es an und darauf, dass sich die betroffenen Gruppen darauf einstellen können, dass sie die nächsten sein werden.

Noch einmal: Verlässlichkeit ist das Gebot der Stunde. Es darf nichts versprochen werden, was danach nicht gehalten werden kann. Das macht es alles so kompliziert,

gerade in einer Zeit, in der das Virus unberechenbar ist, da es mutiert. All das werden die Ministerpräsidenten morgen abzuwägen haben.

Meine Damen und Herren, ich vergleiche das mit einem Bild: Das ist wie bei einem Taucher, der aus großer Tiefe auftaucht. Er muss langsam wieder aufsteigen, um sich und seine Gesundheit nicht zu gefährden. – Das Positive ist: Die Zahlen sinken. Die Richtung stimmt. Das ist doch eine sehr gute und schöne Nachricht. Das gibt Hoffnung. Wir müssen überlegen, wie wir nun am geschicktesten, am effektivsten, am schnellsten und am nachhaltigsten zurück in die Normalität gelangen. Am Freitag werden wir uns gemeinsam hier im Hohen Haus mit diesen konkreten Vorschlägen befassen. Das freut mich. Das ist der Fahrplan.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ihre Redezeit.

Bernhard Seidenath (CSU): Das ist gut so. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Seidenath. Ich bitte um Nachsicht, dass ich so genau auf die Einhaltung der Redezeit achte; aber wir waren uns alle einig, dass wir pünktlich um 20:00 Uhr Schluss machen wollen, und das geht nur, wenn wir uns alle sehr diszipliniert an die Redezeiten halten. – Das wird sicherlich auch die Frau Katharina Schulze tun, die als nächste Rednerin vorne steht. Bitte schön.

Katharina Schulze (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist keine leichte Zeit, für niemanden: Die meisten Kinder und Jugendlichen sind seit acht Wochen daheim und werden mehr oder weniger digital beschult. Eltern müssen Homeoffice und Homeschooling jonglieren. Die Sorge um die wirtschaftliche Existenz ist bei vielen groß. So konnten zum Beispiel Künstlerinnen und Künstler seit fast einem Jahr nicht mehr auftreten. Einzelhändlerinnen und Einzelhändler warten wo-

chenlang auf finanzielle Hilfen. Der psychische Druck ist hoch. Die Nerven liegen blank. Und vor allem ist noch kein Ende in Sicht. Das nervt. Das nervt uns alle.

Wir haben es doch in einer gemeinsamen Kraftanstrengung geschafft, die Infektionszahlen in Bayern zu senken. Ich kann den Wunsch und die Emotion super verstehen, dass man sich denkt: Wir haben es uns jetzt verdient, jetzt machen wir wieder alles auf. – Aber wir GRÜNE sagen ganz klar: Die Gefahr der Virusmutation ist noch nicht gebannt. Genau wie vielen anderen Menschen macht uns das große Sorgen. Gerade baut sich nämlich eine unsichtbare Welle auf. Wenn wir uns die Kurve der Infektionszahlen anschauen, wenn wir die erhöhten Übertragungsraten durch die Virusmutation einrechnen, wenn wir uns die Entwicklung der Infektionszahlen in den Nachbarländern vor Augen führen, dann kann niemand mit gutem Gewissen fordern: Lasst uns die großen Öffnungen starten.

Nein, Herr Aiwanger, erst das Öffnen von Skiliften und erst danach das Öffnen von Schuhläden zu fordern, macht in diesem Szenario überhaupt keinen Sinn. Es zeigt nur, dass Sie ein Politiker sind, der Einzelinteressen vertritt, anstatt das große Ganze zu sehen – getreu dem Motto: Wer am lautesten schreit, muss ja irgendwie recht haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir GRÜNE haben dort einen klaren Kompass. Wenn es um mögliche Öffnungen geht, dann: Kinder first. Unter ihnen leiden viele leise, zu Hause, hinter verschlossenen Türen, ohne Kontakt zu anderen Kindern. Darum müssen, wenn Öffnungen wieder möglich sein werden, aus Sicht der GRÜNEN Kitas als Erste wieder normal öffnen, und Grundschülerinnen und Grundschüler müssen langsam wieder in den Wechselunterricht; denn Erwachsene und Firmen können und müssen mehr schultern. Es braucht unser aller Solidarität, damit die Kleinsten am schnellsten wieder mehr Entfaltungsmöglichkeiten haben.

Die Regierung muss genau dafür die passenden Rahmenbedingungen setzen: sichere Schulen und Kitas durch regelmäßige Tests von Erzieherinnen und Erziehern, Lehrerinnen und Lehrern, Schülerinnen und Schülern, gute Lüftungsanlagen, Unterricht in großen Räumen und eine verlässliche und nachvollziehbare Kommunikation. Dort, Herr Piazolo, liefern Sie seit Monaten nicht. Das ist grob fahrlässig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Lassen Sie es mich so deutlich sagen: Wenn wir zu früh öffnen, dann werden wir den gemeinsamen Erfolg des bisherigen Lockdowns schnell verspielen. Je konsequenter wir jetzt sind, desto nachhaltiger wird unser Erfolg sein. Wir sollten doch nicht die gleichen Fehler wie nach den Sommerferien 2020 machen und sehenden Auges in die nächste Welle laufen; denn davon haben auch Familien, Unternehmen und wir als Gesamtgesellschaft nichts.

Als GRÜNE wissen wir, dass wir dieses Virus nur gemeinsam niederringen können. Dafür braucht es aus unserer Sicht eine langfristige Perspektive; denn, ehrlich gesagt, dieses ständige Hin und Her, dieses Hangeln von MPK zu MPK, die Karotte vor der Nase, dieses "nächstes Mal wird es besser", und dann wird es doch nicht besser, das macht die Menschen fertig, und das ist das, was ermüdend ist. Es braucht daher aus unserer Sicht einen Perspektivenplan, den wir GRÜNE übrigens hier schon oft eingefordert haben und gegen den Sie sich immer wieder gewehrt haben. Jetzt endlich muss er kommen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Söder, wir erwarten deswegen, dass Sie sich auf der MPK dafür einsetzen, dass es einen einheitlichen, auf das regionale Infektionsgeschehen abgestimmten Perspektivenplan für ganz Deutschland gibt. Einige Bundesländer haben schon etwas vorgelegt. Das ist eine gute Grundlage, um mit einem interdisziplinären Pandemierat weiter daran zu arbeiten, welche Maßnahmen wann gelten, und vor allem nicht nur den Inzidenzwert als einzigen Parameter zu nehmen. Mit einem Perspektivenplan, da bin ich

mir sehr sicher, wäre auch klar, dass die nächtlichen Ausgangssperren außerhalb von Hotspots nicht mehr zu halten sind. Die gehören in Bayern nämlich abgeschafft.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Mit so einem klaren Plan bringen wir Transparenz in das Handeln der Regierungen, und wir motivieren die Bürgerinnen und Bürger erneut zum Mitmachen. Ein konkretes Ziel vor Augen in jeder Region zeigt den Bürgerinnen und Bürgern auch auf, dass sie es selbst in der Hand haben, die Infektionszahlen wirksam zu senken, und dass sie nicht nur Anweisungen zu befolgen haben, die sich ständig ändern.

Wir GRÜNE sehen es als großes Problem an, dass das Vertrauen in die Maßnahmen sinkt und dass die Pandemiemüdigkeit zunimmt. Wir wissen, wer pandemiemüde ist, der informiert sich vielleicht weniger und schätzt damit das Risiko auch als weniger schlimm ein. Deshalb ist es wichtig, dass der Ministerpräsident versteht, dass er, Markus Söder, dieses Virus nicht alleine niederringen kann. Hier geht es nicht um eine Heldengeschichte mit Markus Söder in der Hauptrolle. Die Heldinnen und Helden bei der Bekämpfung des Coronavirus sind wir alle, das sind die Bürgerinnen und Bürger, die mitmachen, die die Einschränkungen in Kauf nehmen und die gemeinsam solidarisch durch die Krise gehen. Sie brauchen aber einen Perspektivenplan, um gut durch die Krise steuern zu können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Neben einem Perspektivenplan ist es elementar, dass die Staatsregierung endlich die Basics der Pandemiebekämpfung auf die Reihe bekommt. Ich nenne drei Beispiele, und es ist absurd, dass Sie diese Fragen noch immer nicht besser im Griff haben. Erstens. Testen, testen, testen. – Wir brauchen Schnelltests, und zwar als Selbsttests für alle, auch daheim. Wir brauchen Gurgeltests flächendeckend. Alle positiven Proben gehören dann selbstverständlich auch sequenziert. Das macht Baden-Württemberg schon lange vor. Herr Holetschek, bei der Regierungsbefragung vorhin haben Sie gesagt: Wenn es gut läuft, dann schaffen wir 700 Proben in der Woche. – Sorry, da muss

mehr gehen. Das Auftreten von Mutationen muss zentral erfasst werden, damit wir darauf vorbereitet sind, wie sich das Infektionsgeschehen weiterentwickelt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der zweite wichtige Baustein ist, dass die Gesundheitsämter endlich personell und technisch besser ausgestattet werden. Kontaktnachverfolgung muss auch bei höheren Zahlen funktionieren. Wir müssen endlich wissen, wo sich die Menschen anstecken. Wir sind ein Jahr in der Pandemie, aber bei 83 % der Fälle weiß die Bayerische Staatsregierung nicht, wo sich die Menschen angesteckt haben. – Sorry, ich finde, das ist ein Skandal und ein Versagen sondergleichen, dass Sie bei diesen Themen die Gesundheitsämter noch immer nicht auf Zack und auf Vordermann gebracht haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der dritte Punkt ist, dass die Impfstoffproduktion massiv nach oben geschraubt werden muss. Das ist unser Ticket raus aus der Pandemie, das sagt auch jemand von der Staatsregierung. Na ja, wenn das das Ticket raus aus der Pandemie ist, dann sollten wir möglichst viele Tickets bereitstellen. Ich finde es deshalb, ehrlich gesagt, grob schäbig, wenn Markus Söder immer auf den Bund und auf die europäische Ebene schaut und schimpft, anstatt seiner Verantwortung als Chef der CSU und damit auch als Teil der Bundesregierung nachzukommen und Anreize wie beispielsweise Abnahmegarantien oder Produktionskooperationen endlich nach vorn zu stellen.

Aus grüner Sicht ist es auch super wichtig, dass wir bei diesem Thema die globale Situation im Blick haben. Wenn wir es nämlich nicht schaffen, das Virus global zu bekämpfen, dann brauchen wir uns hier nicht auf die Schulter zu klopfen. Die Gefahr von weiteren Mutationen ist dann nämlich sehr groß. Das heißt, wir müssen die Impfstoffproduktion für die ganze Welt massiv erhöhen. Das muss jetzt endlich die große, große Priorität werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn wir über Prioritäten reden, dann lassen Sie mich noch einen Satz zu den Wirtschaftshilfen sagen. Ich finde, es ist ein Skandal, wie die Regierung im Bund und hier in Bayern Menschen, die vor der Pandemie ein funktionierendes Geschäftsmodell hatten, das sie jetzt nicht ausüben können, weil das wegen des Gesundheitsschutzes und der daraus resultierenden rechtlichen Regelungen nicht geht, im Regen stehen lässt. Warum ist das ein Problem? – Zum einen ist das ein Problem der Bundesebene. Die Überbrückungshilfen sind absolut bürokratisch und werden nicht schnell genug ausgezahlt. Das nächste Problem aber ist, dass die Bayerische Staatsregierung nicht einmal ihre eigenen Programme weiterführt. Das Programm für Solo-Selbstständige im kulturnahen Bereich ist Ende des Jahres 2020 ausgelaufen. Keiner weiß, wie es weitergeht. Wir GRÜNEN fordern weiterhin: Alle Solo-Selbstständigen, alle Selbstständigen brauchen einen fiktiven Unternehmerlohn, und zwar bis zum Ende der Pandemie. That is your job, Regierung, das endlich bereitzustellen!

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN)

Kolleginnen und Kollegen, wir GRÜNEN wollen die dritte Welle vermeiden. Dafür braucht es endlich einen Perspektivenplan für Deutschland, und die Basics der Pandemiebekämpfung müssen in Bayern endlich funktionieren. Ich bin überzeugt, wenn das jetzt endlich angegangen wird, wenn die Bürgerinnen und Bürger dabei weiterhin solidarisch sind, dann werden wir gemeinsam mit diesem Virus fertig werden.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, sehr pünktlich. – Ich darf jetzt den nächsten Redner aufrufen, Herrn Dr. Fabian Mehring von den FREIEN WÄHLERN. Herr Abgeordneter Dr. Mehring, bitte schön. Für die nächsten zehn Minuten gehört Ihnen das Rednerpult.

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Sehr verehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Erlauben Sie mir zunächst, bevor das im Eifer des Wortgelechtes in der Frage nach den nächsten Schrit-

ten unterzugehen droht, an dieser Stelle eines ganz deutlich herauszustellen: Heute sind wir nach all den entbehnungsreichen Monaten, nach dem ständigen und immer wiederholten Verlängern und Vertiefen des Lockdowns erstmals dazu in der Lage, über mögliche Öffnungs- und Lockerungsperspektiven verantwortbar und ernsthaft miteinander zu diskutieren. Das ist einerseits ein großartiger Erfolg der verantwortungsbewussten Politiker aller demokratischen Fraktionen dieses Hohen Hauses, insbesondere aber ist das ein gewaltiger Erfolg des Teams Bayern, der Menschen in unserem Land, die uns mit einem solidarischen Kraftakt in diese Lage versetzt haben. Ich meine, wir haben allen Grund, darauf verdammt stolz zu sein.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Jede und jeder, der sich ernsthaft mit diesen historischen Herausforderungen der Corona-Pandemie auseinandersetzt, hat trotzdem klar vor Augen, dass wir es gleichwohl noch lange nicht geschafft haben. Corona ist noch nicht weg, wir sind nach wie vor gezwungen, ein wachsames Auge insbesondere auf die Mutationen und deren Entwicklung zu haben. Nichtsdestoweniger können wir heute aber erstmalig konstatieren: Ja, die von unserer Bayern-Koalition aus FREIEN WÄHLERN und CSU ergriffenen Maßnahmen wirken. Ja, es ist uns gelungen, nach der ersten Welle auch die zweite Welle zu brechen. Ja, es ist uns gelungen, die Infektionszahlen ein Stück weit zu drücken. Deshalb ist heute auch ein Stück weit ein Wendepunkt in der Krisenbewältigung erreicht. Im Hinblick auf die morgige Ministerpräsidentenkonferenz gibt es, anders als in der Vergangenheit, ein Stück weit eine Beweislastumkehr zu verzeichnen. In der Vergangenheit waren wir immer und immer wieder gezwungen zu erklären, weshalb es weiterer Verlängerungen und weiterer Verschärfungen bedarf. Jetzt aber sind wir erstmals in der Lage, darüber zu diskutieren, was wir möglicherweise wann verantwortbar öffnen können. Das ist gut so, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Mit anderen Worten formuliert: Das bedeutet im Hinblick auf die von mir vielfach bemühte Bayerngleichung aus Umsicht, Vorsicht und Zuversicht für den Weg unseres Landes durch diese Pandemie, dass wir in eine nächste Phase weitergehen können. Wir können aus der Phase des immer vorsichtigen Verlängerns und Vertiefens des Lockdowns heraustreten in eine Phase, in der es gilt – und das ist nach Einschätzung der FREIEN WÄHLER die Hauptaufgabe der morgigen Ministerpräsidentenkonferenz –, mit Umsicht einen verantwortbaren Deutschland- und daran anschließend auch einen Bayern-Plan zu entwickeln, wie wir in einen Modus von Wirtschaft und öffentlichem Leben geraten können, der ein gutes Leben mit dem Coronavirus ermöglicht, bis es uns eines Tages hoffentlich möglich ist, die Pandemie über das Impfen und die Therapiestrategien final zu überwinden. Das ist aus Sicht unserer Regierungsfraktion der Auftrag an die morgige Ministerpräsidentenkonferenz.

Ich nehme die Einladung des Herrn Kollegen Hagen gerne an, dafür sozusagen a priori die Sichtweise unserer Fraktion zu buchstabieren. Das will ich allerdings mit zwei Warnhinweisen versehen wissen. Der erste Warnhinweis besteht, wenn Sie so wollen, in einer Art Mutationsvorbehalt. Eines muss uns im Sinne von Wahrheit und Klarheit fraktionsübergreifend nämlich klar sein: Wenn sich die Mutationen als Gamechanger erweisen sollten, wenn wir vielleicht sogar aufgrund der Mutationen wieder in eine eskalierende pandemische Entwicklung geraten sollten, dann sind all diese Pläne und Strategien selbstredend wieder zu überdenken.

Der zweite Warnhinweis: Ich halte nach wie vor nichts davon – und das habe ich an anderer Stelle schon hinreichend deutlich gemacht –, wenn alle 16 Bundesländer ihre Ministerpräsidenten mit einer deterministischen Linie in die Ministerpräsidentenkonferenz schicken; denn neben der Effektivität der dort beschlossenen Maßnahmen ist es auch die Homogenität, die uns weiterbringt. Deshalb macht es keinen Sinn, heute einen Kriterienkatalog aufzustellen.

Es hat aber auch noch niemandem geschadet, einen Rucksack voller guter Ideen aus Bayern auf dem Rücken zu haben, wenn er nach Berlin fährt. Deshalb mache ich

gerne für unsere Fraktion einige Vorschläge im Sinne dieses Bayern-Plans für den Exit aus dem Lockdown im Hinblick auf Kriterien, die nach unserem Verständnis idealerweise die Richtschnur für die morgige Diskussion der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten mit der Bundeskanzlerin sein sollten. Dafür will ich mindestens drei Kriterien in den Raum stellen.

Das erste Kriterium für die Frage von Lockerungen und Öffnungen muss nach unserer festen Überzeugung die Wirkung der konkreten Maßnahmen sein. Wir müssen solche Maßnahmen aufrechterhalten, die eine hohe Wirkung gegen das pandemische Geschehen aufweisen, und wir können als Erstes bestehende Regeln lockern, von denen wir glauben, dass sie nur eine überschaubare Wirkung auf das Infektionsgeschehen haben. Konkret ausformuliert, wäre es nachgerade widersinnig, Abstand von der Pflicht zu FFP2-Masken zu nehmen. Das kann niemand außer der AfD in diesem Hohen Hause ernstlich wollen. Die Einführung dieser Maßnahme hat nachweislich massiv dazu beigetragen, dass wir heute niedrigere Inzidenzen aufweisen und über Öffnungen überhaupt sprechen können.

Andersherum halten wir es angesichts stark sinkender Inzidenzen für durchaus angezeigt, jetzt darüber ins Gespräch zu kommen, ob es wirklich noch sinnvoll ist, den Menschen in Landkreisen mit niedrigen Inzidenzen weiterhin zu verbieten, nach 21 Uhr ohne ihren Hund vor die Haustüre zu gehen. Meine Damen und Herren, das ist die erste Regel, die es durch die Ministerpräsidentenkonferenz deutlich zu überdenken gilt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Das erste Kriterium ist also die Wirkung der konkreten Maßnahmen. Als zweites Kriterium schlagen wir FREIE WÄHLER das Kriterium der Infektionswahrscheinlichkeit vor. Es ist sinnvoll, dort Beschränkungen und Einschränkungen aufrechtzuerhalten, wo ein hohes Infektionsgeschehen zu erwarten ist, und wir sollten dort zuerst lockern, wo

durch gute Hygienekonzepte und sinnvolle Maßnahmen ein geringes Infektionsgeschehen besteht.

So weit, so gut. Ich denke, da wird niemand widersprechen. Die Problemstellung dabei ist allerdings, dass wir derzeit in einem diffusen Infektionsgeschehen schwer beurteilen können, wo sich die Menschen infizieren. Deshalb schlage ich zwei Dinge vor. Zum einen bin ich fest davon überzeugt, dass es ein Erfolgsfaktor auf dem bisherigen Weg durch die Pandemie war, uns an den Rat der Wissenschaft zu halten. Wir haben das beim Lockdown immer sorgsam getan und sind gut beraten, das auch beim Lock-up wieder zu tun. Deshalb brauchen wir endlich zwingend Studien darüber, wo sich die Menschen wann auf welche Art und Weise anstecken. Dann wissen wir, wo es gefährlich ist, und können dort die Schließungen beibehalten. Zeitgleich wissen wir aber auch, wo sich niemand infiziert, und können diesen Branchen endlich wieder eine Perspektive eröffnen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich mache dazu einen zweiten Vorschlag, weil ich fest davon überzeugt bin, dass es im Jahr 2021 auch angezeigt ist, die Chancen der Digitalisierung zu nutzen. Meine Damen und Herren, wir wägen derzeit den Gesundheitsschutz gegen die Wirtschaft ab, den Gesundheitsschutz gegen die Bildung und gegen die Zukunftschancen unserer Kinder. Mir ist völlig unbegreiflich, warum wir mit dieser Abwägung ausgerechnet vor dem Datenschutz haltmachen.

Ich bin fest davon überzeugt, dass es an der Zeit ist, die Corona-App weiterzuentwickeln. Wir müssen über die Registrierung von Infektionsgeschehen auf digitalem Wege eine Öffnungsperspektive kreieren. Nur so können wir realisieren und dauerhaft unter Kontrolle halten, wer sich wo ansteckt. Erst dann ist es möglich, die entsprechenden Öffnungen einzufordern. Wir müssen die Corona-App weiterentwickeln und daraus Perspektiven für Gesellschaft und Wirtschaft ableiten, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Das dritte Kriterium, das ich vorschlagen möchte, ist vom Infektionsgeschehen unabhängig zu sehen und betrifft die gesamtgesellschaftliche Bedeutung der aktuell bestandskräftigen Ein- und Beschränkungen. Wir sind wohlberaten, solche Branchen und Institutionen früher zu öffnen, die für die Menschen in unserem Land besonders wichtig sind, und andere im Dienste der Kontrolle des Infektionsgeschehens noch länger geschlossen zu lassen, die verzichtbarer erscheinen.

Mit anderen Worten formuliert: klare Vorfahrt für die Schulen. Dort geht es um die Zukunft unserer Kinder und um die Zukunftschancen unseres Landes. Schule ist eben nicht nur Wissensvermittlung, sondern Schule ist eine soziale Veranstaltung. Insbesondere bei den Kleinsten ist das immens wichtig. Deshalb ist es wichtig, zunächst an die Schulen zu denken. Wenn wir die Skilifte noch nicht öffnen können, dann haben die Bayern vielleicht in der nächsten Skisaison einen etwas schlechteren Hüftschwung. Wenn wir die Schulen nicht öffnen können, hat das ganz andere Konsequenzen. Deshalb gilt die klare Vorfahrt für gesellschaftlich relevante Bereiche und Priorität eins für die Öffnung der Schulen.

(Beifall bei Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Zuruf: Dann sagen Sie das mal dem Aiwanger! – Zurufe)

Gleiches gilt auch für andere Branchen. Wir müssen die Menschen zuerst zum Friseur schicken, bevor wir sie ins Spielcasino schicken. Wir brauchen eine Rangfolge für die Öffnungen aufgrund der gesellschaftlichen Bedeutungen. Dort, wo wir öffnen, bedarf es der richtigen Konzepte. Wenn wir Lehrerinnen und Lehrer, Erzieherinnen und Erzieher an die Corona-Front schicken, weil es richtig und wichtig für unser Land ist, müssen wir dafür sorgen, dass sie den besten Schutz genießen. Dafür braucht es eine verlässliche Teststrategie, und dafür braucht es möglicherweise auch ein Überdenken der Impfkriterien. Diejenigen, die sich im Dienste unseres Landes dieser Pandemie

stellen, müssen den bestmöglichen Schutz genießen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir FREIE WÄHLER glauben, mit diesem Dreiklang aus Wirkung, Infektionswahrscheinlichkeit und gesamtgesellschaftlicher Bedeutung einen Bayern-Plan, ja eine Richtschnur für die morgige Deliberation der Ministerpräsidentenkonferenz vorgeschlagen zu haben, die sich als tragfähig erweisen wird. Niemand weiß besser als wir FREIE WÄHLER, dass wir hier in Bayern über den verhandlungsstärksten, –

Erster Vizepräsident Karl Freller: Die Redezeitanzeige zeigt Rot.

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): – ja über den durchsetzungsstärksten Ministerpräsidenten verfügen. Deshalb drücken wir ihm beide Daumen, dass er möglichst viele dieser eben von mir skizzierten Ideen morgen in Berlin auch durchsetzen kann, sodass er nicht mit leeren Händen, sondern mit einem Paket und einer Zukunftsperspektive für unser Land und seine Menschen aus Berlin zurückkommt. Über die werden wir dann am Freitag hier im Bayerischen Landtag beraten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Dr. Mehring. – Ich darf den nächsten Redner aufrufen, Herrn Abgeordneten Franz Bergmüller von der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Herr Bergmüller, bitte warten Sie noch eine Sekunde, bis unsere fleißigen Offiziantinnen und Offizianten den Tisch gereinigt haben.

Franz Bergmüller (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst möchte ich mal auf meine Vordredner eingehen. Lieber, geschätzter Fabian Mehring, ein erster Punkt: RKI-Präsident Wieler hat vor etlichen Wochen in

einer Bundespressekonferenz auf die Frage, wie er die Gefahr einer Ansteckung für die schon Geimpften einschätzt, geantwortet: Das herauszufinden, brauchen wir noch wenige Monate. – Wenn man diese Aussage zugrunde legt, heißt das, dass wir noch viele Monate über Lockup-Maßnahmen reden, die Sie jetzt hier in den Vordergrund gestellt haben.

Zweiter Punkt – dazu habe ich schon vor etlichen Monaten gesprochen. Zur Frage, wo Ansteckung stattfindet, gibt es eine RKI-Studie vom Oktober. Im Gastgewerbe lagen die Ansteckungswerte bei 0,57 %.

(Zuruf)

Komischerweise ist es jetzt im privaten Bereich zu Ansteckungen gekommen; denn die Gaststätten sind ja alle geschlossen. In Österreich hat es eine sehr differenzierte Studie gegeben, die ich damals auch der Regierungsbank vorgehalten habe. Das kann jeder nachlesen. Auch diese beweist die geringe Ansteckungsgefahr. Dann haben Sie die gesellschaftliche Bedeutung hervorgehoben. Ja, wie wahnsinnig sind wir denn? Spielen wir jetzt die Friseure gegen die Gärtner aus oder die Wirte gegen die Fitnessstudio-Besitzer? – Das ist ein irrsinniger Holzweg.

Über Öffnungsperspektiven, über die morgen der Ministerpräsident diskutieren soll, ist sowieso schon am Wochenende entschieden worden. Am Wochenende ist schon alles ausgekartelt worden. Der Aiwanger kriegt für seine Friseure eine kurze Öffnungsperspektive, und die unselige 21-Uhr-Beschränkung wird aufgehoben, weil das Urteil so oder so kommt. Ob die FDP-Fraktion klagt oder nicht, ist völlig wurscht. Sie kommen dem Urteil nur zuvor. Und am Freitag segnet man nun noch ab, was vorher schon im stillen Kämmerlein beschlossen worden ist. Das machen doch nur noch drei, vier Leute aus. Seien wir doch ehrlich! Wenn Sie als FREIE WÄHLER jetzt nicht endlich einmal Farbe bekennen, werden Sie von der CSU zermalmt.

Übrigens, an Herrn Seidenath gerichtet: Fakt ist – das ist heute in der Frühe auf B5 gemeldet worden, das können Sie auch in der Mediathek nachhören –, dass in Frank-

reich 40 % weniger Tote zu beklagen sind. Die Franzosen haben die Geschäfte zum Teil geöffnet. Wir haben die Geschäfte geschlossen. Wie lange will man damit weitermachen?

Herr Mehring hat auch die FFP2-Masken angesprochen. Wenn Sie an deren Wirkung glauben, frage ich mich, warum der Friseur nicht öffnen darf, wenn beide, der Kunde und der Friseur, beim Haarschnitt FFP2-Masken tragen. Das ist doch irre! Warum setzen Sie nicht durch, dass im Handel mit Pflicht zum Tragen von FFP2-Masken aufgemacht wird? Es ist Ihr Credo. Dann setzen Sie es endlich durch!

Steuerzahlungen, Friseure: Am 16. Dezember haben sie schließen müssen. Reden Sie mal mit den Friseuren, reden Sie mal mit den Verbänden! Sie bekommen auch die Zuschriften. Was hat der Friseur effektiv bekommen? – Er hat die Miete bezahlt, er hat die Stromkosten bezahlt, er hat die Steuer vorausgezahlt und kann jetzt mit dem Steuerberater die Überbrückungshilfe III beantragen.

Übrigens sind von 81 Milliarden Euro, die im Bundeshaushalt zur Verfügung stehen, bisher lediglich 21 Milliarden Euro beantragt oder ausgezahlt worden. Warum wohl? – In der "Welt am Sonntag" von diesem Sonntag ist nachzulesen, dass die Leute sofort ein Schreiben bekommen mit dem Inhalt: Halten Sie alle Unterlagen bereit, das wird zum Jahresende alles ganz genau überprüft. – Die Leute haben Angst vor dieser "Scheißbürokratie" – ich sage jetzt einmal dieses Wort. Man wird noch drangsaliert, wenn man eh schon kurz vor dem Absaufen ist. Das ist die Wahrheit.

Warum können die Kitas nicht aufmachen, warum können die Grundschulen nicht in den Präsenzunterricht? Vorhin ist die Münchner Studie zitiert worden. Ich mache die Erfahrungen in der eigenen Familie. Das eine Kind weint, weil es im Distanzunterricht nicht zurechtkommt, das andere pieselt in die Hosen, weil es vernachlässigt wird! Das sind die Fakten heutzutage! Ich muss jetzt so emotional werden, weil ich es daheim tagtäglich erlebe. Mein Sohn greift mich an und fragt: Warum kannst du nichts ändern

im Parlament? – Dann sage ich: Wende dich an die Regierung, die diesen Irrsinn dauernd weitermacht!

(Unruhe)

Zu den Inzidenzwerten: Schenken Sie Prof. Dr. Klaus Stöhr Gehör, den die SPD vorgeschlagen hat, der drei weitere Parameter zur Inzidenzbewertung angeführt hat, dass zum Beispiel die Risikopatienten-Inzidenz bewertet werden muss, –

Erster Vizepräsident Karl Freller: Die Redezeitanzeige zeigt Rot, Herr Kollege.

Franz Bergmüller (AfD): – dass zum Beispiel die Intensivbettenauslastung bewertet werden muss. Das sind die Punkte, die Sie samt dem R-Wert berücksichtigen sollten, damit wir in einer nahen Zukunft eine Öffnungsperspektive haben.

Entschuldigen Sie meine emotionalen Ausbrüche, aber ich kann nicht mehr. – Danke!

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank. – Zur Erläuterung, weil ich gerade an den Mienen der Kollegen gesehen habe, dass die Lautstärke etwas überhöht erschien – das ist keine Kritik von mir am Redner, jeder hat seine eigene Lautstärke –: Früher konnte der Präsident die Lautstärke der Lautsprecheranlage hier regeln. Das ist nicht mehr möglich; das geschieht irgendwo extern. Darum hatte ich nicht die Möglichkeit, dem Originalton angepasst die Lautstärke anzusteuern. Ich wollte das nur der Beruhigung halber sagen. Ansonsten ist natürlich jedem selbst überlassen, wie laut er redet. Der Schutz des Gehörs der anderen ist mir natürlich auch ein wichtiges Anliegen.

Ich rufe Herrn Abgeordneten Arnold auf, den Vorsitzenden der SPD-Fraktion. Bitte schön.

Horst Arnold (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Nach der therapeutischen Frustbewältigung des Vorredners jetzt mal wieder zu den Perspektiven aus dieser Pandemie hinaus.

((Beifall))

Wir erwarten, dass zwei Punkte im Mittelpunkt stehen: erstens effektiver Gesundheitsschutz, auch in Anbetracht der Mutationen, und zweitens das Aufzeigen von Perspektiven, und zwar in Form verantwortungsvoller Lockerungen.

Die Staatsregierung erweckt allzu oft den Anschein, als würde sich beides ausschließen. Ich sage Ihnen ganz deutlich: Es ist tatsächlich unsere Pflicht, beide Punkte zu synchronisieren und auf die Fragen, die sich daraus ergeben, angemessene Antworten zu geben; denn nur so ist der notwendige Spannungsbogen zwischen Motivation und Solidarität und dem Zusammenhalt der Bevölkerung aufrechtzuerhalten.

Was ist bereits jetzt schon an Motivation festzustellen, immer noch festzustellen? – Eine hervorragende Motivation. Nicht nur der Einzelhandel, Friseure, Gaststätten, Sport, Kulturbetriebe und Einrichtungen haben seit Langem mit Inbrunst, Idealismus und hohen Investitionen hervorragend gearbeitet – erprobt und abgenommen auch von Gesundheitsämtern. Die Verantwortung, aber auch die Erwartung ist hoch.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, das sind doch wahre Schätze verantwortlichen Bürger- und Gemeinnsinns. Wir können es uns jetzt nicht mehr erlauben, diese Schätze weiter zu versenken, wir müssen diese Schätze verantwortlich heben.

(Beifall bei der SPD)

Die Bürgerinnen und Bürger haben Anspruch auf Schutz, aber auch auf Perspektiven. Wir sind übrigens dazu gesetzlich verpflichtet; denn überall dort, wo die Inzidenz kleiner als 50 ist, sind Einschränkungen besonders begründungspflichtig. Daher ist es an der Zeit für behutsame, vorsichtige und regionale Lockerungen, und zwar nicht nur am Valentinstag.

Was den Einzelhandel anbelangt, so haben wir als SPD-Fraktion bereits mehrfach szenarienabhängige Öffnungsperspektiven eingefordert, zuletzt im Dringlichkeitsantrag letzte Woche. Das A und O sind verlässliche Hygienekonzepte. Wenn diese vor-

liegen, sollten sie beispielsweise durch die Einführung eines Hygienesiegels gefördert und unterstützt werden. Zudem braucht es eine verbesserte Durchsetzung von Infektionsschutzmaßnahmen, um die Gefahr einer möglichen dritten Welle zu reduzieren.

Aber auch für andere Bereiche ist eine sichere und gerechte Öffnungsstrategie dringend notwendig: für Kitas, für die Schulen, für die Kultur, für den Sport und auch für den Tourismus.

Wir haben besonders die Kinder und Jugendlichen im Blick – ich verweise auf die Aktuelle Stunde letzter Woche – sowie alle weiteren physisch und psychisch besonders verwundbaren Personengruppen. Für diese müssen niedrigschwellige Unterstützungs- und Beratungsangebote zur Verfügung stehen, unter strengen Hygieneauflagen auch jetzt schon in Präsenz, um negative Folgewirkungen und weitere Kollateralschäden zu verhindern.

Im Sinne der sozialen Gesundheit der Menschen plädieren wir auch für leichte Lockerungen der Kontaktbeschränkungen, also zwei Haushalte bzw. fünf Personen statt eines Haushalts plus eine Person.

Sonnenklar ist für die SPD-Fraktion eines: Die landesweite nächtliche Ausgangssperre muss fallen.

(Beifall bei der SPD)

Das fordern wir bereits seit Anbeginn, und ich gehe davon aus, dass spätestens seit dem Beschluss des VGH in Baden-Württemberg auch Sie nicht mehr daran festhalten; denn weder ist diese Maßnahme zur Pandemiebekämpfung geeignet, noch ist ihre ursprüngliche Begründung – "Ganz Bayern ist ein Hotspot" – zutreffend.

Seitens der SPD-Landtagsfraktion fordern wir eine Corona-Strategie mit Augenmaß und Weitblick. Das heißt, Gesundheit schützen, aber auch Perspektiven schaffen, die soziale und psychische Gesundheit der Menschen nicht außer Acht lassen, gerade bei Kindern und Jugendlichen. Und: Weg mit untauglichen Regelungen wie der landeswei-

ten Ausgangssperre! Das sind unsere Erwartungen für morgen bei den anstehenden Corona-Gesprächen.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich bei Ihnen, Herr Vorsitzender Arnold. – Ich darf als nächsten Redner den fraktionslosen Abgeordneten Markus Plenk aufrufen. Sie haben zwei Minuten. Bitte schön.

Markus Plenk (fraktionslos): Sehr verehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Mitbürger! Vorgestern war Super Bowl in den USA, und diese Woche findet außerdem die FIFA-Klub-WM in Katar statt, beide Veranstaltungen mit Zuschauern. Auch ohne Trump setzen die USA weiterhin auf Vernunft und Eigenverantwortung der Menschen statt auf Verbote.

Bei uns: Amateursport im Freien verboten, Kitas und Schulen geschlossen, Dienstleistungsbetriebe, Einzelhandel und Gastronomie ebenfalls, zusätzlich gelten eine nächtliche Ausgangssperre, Kontakt- und Reisebeschränkungen und weitere verfassungsfeindliche Repressalien.

Die morgige Ministerpräsidentenkonferenz soll – geht es nach der FDP – Perspektiven aus dem Lockdown aufzeigen. Liebe Kollegen von der FDP, glauben Sie wirklich, dass es unseren Einzelhändlern, Gastronomen, Friseuren, Kindern, Schülern, Eltern, Studenten – kurz: allen unseren Bürgern – noch reicht, wenn lediglich eine Perspektive aus dem Lockdown aufgezeigt wird? – Ich sage ganz klar: Nein, das reicht aktuell nicht mehr aus. Was jetzt erfolgen muss, sind spürbare Lockerungen, und zwar sofort. Die Menschen wollen nicht mehr unnötig und unverhältnismäßig in ihrem Alltag behindert und drangsaliert werden. Hundert Prozent der Bevölkerung einzusperren, um zwanzig Prozent vermeintlich zu schützen, ist ein Irrweg, der sofort verlassen werden muss, nicht erst perspektivisch.

Bayern ist mit Söder und seiner Politik seit Oktober zum Worst Case mutiert. Vor dieser Mutation sollten sich die Bürger tatsächlich fürchten.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Der nächste Redner ist Herr Kollege Prof. Dr. Gerhard Waschler von der CSU-Fraktion. Herr Waschler, Sie müssen noch einen kleinen Moment warten. – Jetzt ist alles vorbereitet. Herr Waschler, Sie haben das Wort.

Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Herr Vizepräsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Eine Aktuelle Stunde bietet nicht nur Gelegenheit, Klartext zu reden, sondern sie lehrt auch manchmal deutlich, dass fehlende Argumente nicht durch Lautstärke ersetzt werden können – und bei der AfD alles zu spät ist.

(Zuruf von der AfD: Jetzt hören Sie aber auf! – Gegenruf von der CSU: Stimmt aber!)

– Im Gegenteil, ich bin am Anfang. – Wenn ich Ihnen sage, verehrte Kollegen der AfD, dass Ihr Vertreter im Passauer Stadtrat behauptet hat, das Coronavirus sei harmlos – das liegt weniger als 24 Stunden zurück –, dann ist das eine katastrophale Aussage. Diese wird aber in der Öffentlichkeit, denke ich, Wirkung zeigen, dass man nämlich das, was von der rechten Seite des Hauses kommt, nicht mehr ernst nimmt.

Aber zurück zum Kern der Aktuellen Stunde: Es sollen Perspektiven in Richtung Beendigung des Lockdowns aufgezeigt werden. Jetzt muss ich leider, wenn ich zur FDP schaue, die Frage stellen, wo denn die FDP im vergangenen Jahr war, als es um nützliche Vorschläge zur Pandemiebewältigung ging. Ich muss feststellen: Sie war praktisch unsichtbar.

(Widerspruch bei der FDP)

Wenn ich in den Bildungsausschusses blicke und frage, wo die FDP war, als es darum ging, fundierte und umsetzbare Vorschläge einzubringen, die einen Fortschritt gebracht hätten, dann stelle ich fest: Auch dort war sie unsichtbar.

Der dritte Punkt – als Folgerung daraus – bezieht sich darauf, wie es denn weitergeht. Vielleicht ist bei der FDP auch die Sorge vorhanden, dass sie insgesamt unsichtbar wird.

(Lachen bei der FDP)

Das lasse ich jetzt einfach im Raum stehen; das ist nämlich Ihr Problem.

Was aber kein Problem ist, ist die morgige Ministerpräsidentenkonferenz; denn dort sind wir durch unseren Bayerischen Ministerpräsidenten vertreten. Das ist schlicht und ergreifend die beste Vertretung, die wir uns wünschen können, und wir sind froh, dass wir sie haben.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zuruf von der FDP)

Hier sind nämlich Klugheit und begründete Abwägung notwendig. Wenn ich Klugheit und begründete Abwägung erwähne, dann ist das durchaus belegt. Die Öffnung der Schulen – dieser Punkt ist mehrfach erwähnt worden – hat für uns sehr hohe Priorität. Deswegen befinden sich seit dem 1. Februar dieses Jahres die ersten Abschlussklassen wieder im Wechselunterricht. Wir gehen also klar in die Richtung, dass wir, soweit das Pandemiegeschehen es zulässt, über den Wechselunterricht möglichst rasch zum Präsenzunterricht kommen wollen.

Dass wir entsprechend gerüstet sind, ist heute mehrmals erwähnt worden; auch der Minister hat dazu in der Fragestunde viele Punkte aufgeführt. Ich wiederhole das nur mit einigen Schlagworten: Förderung von CO₂-Sensoren und mobilen Luftreinigungsgeräten mit Filterfunktion, Sonderbudget für Endgeräte für Schüler und für Lehrerdienstgeräte, Schulbusverstärker für den Wechselunterricht und den Präsenzunterricht, wobei die Kosten zu 100 % vom Freistaat Bayern getragen werden.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, was wir nie gedacht hätten: Der viel geschmähte Distanzunterricht ist praktisch der Gewinner des Jahres geworden. Viele fordern, ihn noch länger als notwendig durchzuführen. Dass sich die Rahmenbedingungen dafür sehr positiv entwickelt haben, ist eine Leistung der Regierungskoalition und der Staatsregierung. Dazu muss man sagen: Große Anerkennung!

(Lachen bei der FDP)

Des Weiteren, verehrte Kolleginnen und Kollegen, wollen wir im Sinne des Mehrwertes über den Tellerrand, das heißt über das Ende der Pandemie hinausschauen. Wir können feststellen, dass seit Beginn der Pandemie über 100.000 Lehrerinnen und Lehrer von der "Stabsstelle Medien.Pädagogik.Didaktik.? eSessions zentral – regional" fortgebildet wurden. Über 100.000! Zudem werden täglich neue Anregungen für den Distanzunterricht eingespeist, die man auch nach der Pandemiezeit didaktisch-methodisch für einen vollwertigen, hochwertigen Unterricht nutzen kann.

Wenn ich das Fazit ziehe, kann ich nur sagen – zum Ersten –: Vorsicht vor zu früher Sorglosigkeit!

Zum Zweiten: Abstand! Hygiene! Atemschutzmasken tragen! Lüften! Testen! Und: Sobald möglich, auch impfen! Diese Richtung ist diejenige, die uns gemeinsam in die Zukunft tragen wird – vielleicht nicht völlig ohne das Coronavirus, aber zumindest so, dass nicht mehr das Coronavirus uns im Griff hat, sondern wir das Coronavirus im Griff haben. Unser Ministerpräsident wird sich in diese Richtung morgen bei der Ministerpräsidentenkonferenz einbringen und den besten Weg für Bayern zurückbringen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Gabriele Triebel von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Frau Triebel, Sie haben das Wort.

Gabriele Triebel (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Kinder, Eltern, Großeltern, Lehrerinnen und Lehrer – sie alle haben in den elf Monaten Pandemie Großartiges geleistet, Dinge, die wir vor einem Jahr noch für unmöglich gehalten hatten.

Doch nun geht ihnen die Kraft aus, vor allem nach den jetzigen, seit zwei Monaten andauernden Schulschließungen. Weiterhin spricht unser Ministerpräsident davon, dass das Virus nur ein Auf-Sicht-Fahren zulasse und dass Perspektiven, die ein Durchhalten ermöglichen, nicht möglich seien. So wissen Schülerinnen und Schüler, Lehrerinnen und Lehrer sowie die Eltern wieder erst am Freitag, was der Montag bringen wird. Wechselunterricht oder Distanzunterricht? Und wenn es Wechselunterricht gibt: Für wen denn nur?

Die einzige Sicherheit, die Sie der Schulfamilie im Moment geben, ist, dass die Fachingensferien ausfallen, dass es keine Zeit zum Verschnaufen gibt. Das ist, gelinde gesagt, ein Armutszeugnis.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Einer Perspektive, nach der sich alle so sehr sehnen, kommen wir mit dieser Politik keinen Schritt näher.

Bereits letzten Herbst hatte Minister Piazzolo – der leider nicht mehr da ist – für die Schulen einen Dreistufenplan verkündet. Sein Plan wurde aber in kürzester Zeit von den stark ansteigenden Infektionszahlen einfach pulverisiert.

Nach dem gestrigen Schulgipfel, auf dem der Minister eine möglichst einheitliche Regelung – mit einer "Hotspot-Strategie" – forderte, geht er zaghaft wieder in diese Richtung, in Richtung Planung. Dazu können wir GRÜNEN nur sagen: Ja, Herr Minister. Trauen Sie sich endlich! Die Schulen warten nur darauf. Machen Sie es aber dieses Mal besser als im letzten Herbst!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Seit dem 1. Februar 2021 sind die bayerischen Schulen wieder für Abschlussklassen ausgesuchter Schulen geöffnet. Bei Schulöffnungen sehen wir GRÜNE diejenigen in der ersten Reihe, die am wenigsten mit dem Distanzunterricht zurechtkommen, nämlich die Kleinen und die Schülerinnen und Schüler an den Förderschulen. Dass Sie aber die Abschlussklassen ohne begleitende Teststrategie und ohne Bindung an den Landkreis-Inzidenzwert zum Wechselunterricht in die Schulen schicken, das ist höchst fahrlässig!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Beispiel Tirschenreuth: Dort musste das Landratsamt mit einer rechtlichen Anordnung den Wechselunterricht stoppen, weil der Landkreis mit seiner Inzidenz auf die 400 zu-steuert. Das, meine Damen und Herren, geht überhaupt nicht! Angesichts dessen braucht man sich wahrlich nicht zu wundern, wenn die betroffenen Schülerinnen und Schüler sich als Versuchskaninchen fühlen und dagegen aufbegehren.

Wir GRÜNEN sagen hier ganz klar: Bevor Schulen geöffnet werden, muss zuerst der Gesundheitsschutz stehen. Ausreichend FFP2-Masken, mehr Luftreinigungsgeräte und vor allem mobile Testteams, Pool-Testungen, Antigen-Schnelltests – all das hätte unser bayerischer Obertester Markus Söder längst für die Schulöffnungen bereitstellen können. Und auch müssen!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kinder und Jugendliche bei den Lockerungen auf jeden Fall zuerst – aber dann bitte auch sicher, verehrte Kolleginnen und Kollegen der regierungstragenden Fraktionen. Sicherheit und Perspektiven sind wir der Schulfamilie nach diesem zum Teil chaotischen Ausnahmeschuljahr wahrlich schuldig.

Der Druck muss aus dem Schuljahr genommen und es endlich zu dem gemacht werden, was es faktisch schon ist: ein Kurzschuljahr. Es reicht nicht, nur die Prüfungstermine zu verschieben, sondern die Lehrpläne müssen in allen Jahrgangsstufen ver-

bindlich angepasst werden, sodass alle wissen, was am Ende gekonnt werden muss und dass das auch zu schaffen ist. Damit wird dieses Ausnahmeschuljahr auch an die kommenden Schuljahre anschlussfähig.

Corona wird die Schule noch lange begleiten. Deswegen sorgen Sie als Erstes für ausreichenden Gesundheitsschutz für die Schulöffnungen. Darüber hinaus wartet die Schulgemeinschaft auf verlässliche Perspektiven. Zeigen Sie diese Perspektiven auf, planen Sie, fahren Sie auf Sicht, wo es notwendig ist, aber stoppen Sie endlich Ihren unnötigen Blindflug.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In diesem absoluten Ausnahmeschuljahr geht es nämlich um das Licht am Ende des Tunnels, um die Zuversicht, die die Schulfamilie jetzt braucht, um sicher durch diese schwierige Zeit zu kommen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Der nächste Redner ist Dr. Dominik Spitzer von der FDP-Fraktion. Herr Spitzer, bitte schön.

Dr. Dominik Spitzer (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen, sehr geehrte Kollegen! Die bayerische Bevölkerung hat bewiesen, dass sie den Ernst der Lage erkennt und zu persönlichen Einschränkungen bereit ist. Sie erwartet aber auch, dass die Politik diese Einschränkung ihrer Freiheitsrechte laufend auf ihre Verhältnismäßigkeit hin prüft. Symbolpolitik wie die nächtlichen Ausgangssperren lehnen wir ab.

Herr Waschler, ich weiß nicht, was Sie das letzte Jahr gemacht haben. Herr Seidenath, von Ihnen kam der Vorwurf, wenn wir der FDP gefolgt wären, stünden wir viel schlechter da. Aus der Opposition kamen reihenweise Vorschläge, die uns weitergebracht hätten. Es ärgert mich wirklich maßlos, was Sie da sagen.

(Beifall bei der FDP)

Vieles kam zu spät und zu zaghaft. Wir haben hier kürzlich über ein Paradebeispiel dafür gesprochen: Sie haben es immer noch nicht geschafft, den Heimen externe Testteams zur Seite zu stellen. Nun ist es so weit, dass sich die Corona-Zahlen in Bayern positiv entwickeln und es damit nach über 14 Wochen Lockdown endlich an der Zeit ist, über Öffnungen zu sprechen.

Herr Seidenath, ich zitiere Sie noch einmal und bleibe bei Ihren Tauchern: Was hilft es uns, wenn der Taucher ewig unten bleibt? Was passiert dann mit dem Taucher? – Die Perspektivlosigkeit, mit der Sie die Bevölkerung in Bayern zurücklassen, muss endlich ein Ende haben. Von einem Plan aus dem Lockdown hört man nur gerüchteweise. Herr Mehring, Ihr Bayern-Plänchen könnte sich tatsächlich sehr schön an unserem Stufenplan orientieren. Lesen Sie ihn bitte durch; Sie werden einiges zu Ihrem Plan finden.

(Beifall bei der FDP)

Morgen wird die Ministerpräsidentenkonferenz über das weitere Vorgehen sprechen. Dazu gibt es bereits aus einigen Ländern konkrete Vorschläge; aus dem Freistaat hört man dazu leider nichts. Die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land haben einen Anspruch darauf, dass die Politik eine Exitstrategie entwickelt und auch kommuniziert, anstatt sich von Datum zu Datum zu hangeln. Bayern braucht eine klare Perspektive für eine Normalisierung des öffentlichen Lebens.

Mit unserer Freiheitsstrategie 2021 wollen wir als FDP-Fraktion im Bayerischen Landtag einen Beitrag dazu leisten. Das Herzstück unserer Exitstrategie ist der Vier-Punkte-Plan; dazu haben wir heute Anträge eingereicht. Er basiert auf zwei wesentlichen Kennzahlen: dem 7-Tage-Inzidenzwert und einem dynamischen Faktor, der unter anderem die Reproduktionszahl, perspektivisch die Impfquote sowie weitere epidemiologische Aspekte wie zum Beispiel das Auftreten der Mutationen und die Situation des

Öffentlichen Gesundheitsdienstes oder die Auslastung der Intensivbettenkapazität berücksichtigt, wie Herr Mehring es auch ausgeführt hat.

Die sich daraus ergebende Kennzahl ist auf die Kommune herunterzubrechen, sodass ein regionales Vorgehen gewährleistet ist. Unsere vier Phasen ermöglichen mit abnehmendem 7-Tage-Inzidenzwert mehr und mehr Freiheiten für die Bevölkerung. Uns war wichtig, dass unser Modell einfach zu verstehen, nicht zu kleinteilig und klar in der Abgrenzung ist.

So fordern wir in Stufe 1 bei einem Inzidenzwert von 100 bis 200 erste Öffnungen im Bildungs- und Kitabereich. Auch Friseure und Außengastronomie sollen öffnen dürfen. In Stufe 2 bei einem Inzidenzwert von 50 bis 100 wollen wir dem Einzelhandel, der Gastronomie, der Hotellerie, den Kulturstätten und den Sportstätten Öffnungen unter Auflagen ermöglichen.

In Stufe 3, bei einem 7-Tage-Inzidenzwert von unter 50, fordern wir weiterhin die klassischen Hygienemaßnahmen, jedoch auch eine weitestgehende Öffnung. So können wir uns auch vorstellen, dass man den Zugang zu Clubs mit namentlicher Registrierung und Corona-Schnelltests ermöglicht. In die letzte Phase steigen wir ein, sobald ein Impfangebot für die gesamte Bevölkerung vorhanden ist. Sie bedeutet die sofortige Rückkehr zur Normalität und die Rückabwicklung aller freiheitseinschränkenden Corona-Maßnahmen.

(Beifall bei der FDP)

Mit zunehmender Durchimpfung vor allem der vulnerablen Gruppen können auch höhere Inzidenzwerte toleriert werden, da unser Gesundheitssystem nicht mehr durch Patienten mit besonders schweren Verläufen bedroht wird. Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist Zeit für den Einstieg in den Ausstieg vom Lockdown!

(Beifall bei der FDP)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächster Redner ist der Kollege Klaus Stöttner von der CSU-Fraktion.

Klaus Stöttner (CSU): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, werte Kolleginnen und Kollegen, Hohes Haus! Ich bin von meiner Fraktion gebeten worden, zum FDP-Antrag zu reden, weil ich anscheinend der engste Freund der FDP bin und viel Verständnis für die Anliegen meiner Freunde von der FDP habe.

(Beifall bei der CSU)

Johann Wolfgang von Goethe hat einen schönen Satz zur Wirtschaft gesagt: "Aller Anfang ist schwer, am schwersten der Anfang der Wirtschaft". – Um es auf die heutige Aktuelle Stunde umzusetzen: Die Wirtschaft hat es in Teilbereichen so schwer wie noch nie.

Die CSU-Fraktion hat sich mit ihren Freunden von den FREIEN WÄHLERN ein gemeinsames Ziel gesetzt, der Wirtschaft natürlich zu helfen und eine Strategie zu verfolgen, die vernünftig ist. Als Regierungspartei wollen wir natürlich die Tür öffnen, und diese Tür muss offen bleiben.

Ich habe großen Respekt vor meinem Freund aus Zeiten bei der Jungen Union, Sebastian Kurz, und letzte Woche mit meiner Kollegin aus dem Landtag von Südtirol telefoniert. Diese beiden Länder haben keine Freude. Sebastian Kurz wird die Öffnung auf Druck seiner Wirtschaft und seiner politischen Kollegen der anderen Parteien als allumfassender Bundeskanzler machen, sagt aber im Vertrauen auch: Ich werde in drei bis vier Wochen wieder schließen müssen.

Es wird nicht die Aufgabe sein, unserer Wirtschaft Hoffnung zu machen, in vier Wochen einen neuen Kurs einzuschlagen. Das ist nicht der Weg unserer Bayerischen Staatsregierung. Ich bitte um ein bisschen Vertrauen. Ich erinnere an unsere Hochwasserkatastrophe, in der unser damaliger Koordinator in der Staatskanzlei, Dr. Marcel Huber, mit 15-jähriger Erfahrung als Feuerwehrkommandant kluges Management

schaffte. Lieber Marcel, wir haben großes Vertrauen in dich gehabt: exzellente Arbeit, schnell reagiert, ganz nah bei den Menschen!

Ich bin sehr froh darüber, dass Dr. Florian Herrmann in der Staatskanzlei vieles juristisch koordiniert, und ich bin dankbar dafür, dass der frühere Bürgermeister von Bad Wörishofen und jetzige Gesundheitsminister Klaus Holetschek eine Kommunikation, Schnelligkeit und Umsetzung der Strategien an den Tag legt – ich spreche für uns alle, von den GRÜNEN über die Roten, die FREIEN WÄHLER und die CSU bis hin zu euch, liebe Kollegen –, die exzellent ist.

Zum Dritten möchte ich zurückschauen: Haben wir seit Mitte Dezember alles falsch gemacht? – Nein, wir haben vieles richtig eingesteuert. Der Sturm, der herrscht, ist ja kein bayerischer, sondern ein deutscher, ein europäischer Sturm, den keiner vorhergesehen hat. Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, ich kann mir auf diesem Schiff wirklich keinen anderen Käpt'n als unseren jetzigen Ministerpräsidenten vorstellen, der strengen Kurs hält und das Steuer mit starker Hand lenkt.

(Unruhe)

Der Sturm legt sich. Es gibt einen Lichtblick, das Ufer zu erreichen. Die Segel werden wieder gelockert werden.

Meine Damen und Herren, die Signale, die wir in unseren internen Gesprächen alle diskutieren, sind natürlich klar: Es wird jetzt einiges passieren.

Bayern war immer ein sehr kluges Land mit kluger Führung und klugem Parlament. Ich schließe da gerne auch die Kollegen der FDP mit ihrem Antrag ein. Wir tragen eine Gesamtverantwortung.

Ich bitte darum, unsere Schritte klug zu wägen. Wir wollen die Türe offen lassen. Dieser Schritt muss gemeinsam gegangen werden. Dank an die GRÜNEN für die sehr verlässliche Begleitung bei diesem Thema.

(Unruhe – Lachen – Zurufe)

Danke für die offene Diskussion in vielen Punkten. Ich wünsche mir, die Verantwortung des Hohen Hauses für unsere Wirtschaft mit euch wahrzunehmen.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit.

Klaus Stöttner (CSU): Sind wir dankbar dafür, dass wir gut durchgekommen sind.

(Anhaltende Unruhe – Zurufe)

Die Wirtschaft wird die ersten Signale bekommen. Danke auch unseren Lehrern, –

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Klaus Stöttner (CSU): – die noch nie so digital unterwegs waren wie jetzt! Vielen Dank.

(Beifall bei der CSU – Anhaltende Unruhe – Zurufe)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Die nächste Rednerin ist die Kollegin Tanja Schorer-Dremel von der CSU-Fraktion. Frau Abgeordnete, Sie haben das Wort.

Tanja Schorer-Dremel (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Das Thema der heutigen Aktuellen Stunde heißt ja "Ministerpräsidentenkonferenz am 10. Februar: Perspektiven aus dem Lockdown aufzeigen."

Sehr geehrter Herr Dr. Spitzer, ich freue mich darüber, dass Sie mit dem Virus anscheinend auf Du und Du stehen und dass Sie sagen können, wir könnten jetzt schon den Einstieg in den Ausstieg vorbereiten. Leider ist die aktuelle Entwicklung ganz anders: Nach wie vor gibt es Mutationen. Wir haben in Bayern, in Deutschland und weltweit nach wie vor eine Lage, in der man eben nicht "Entspannung" rufen kann.

Sehr geehrter Herr Hagen, Sie haben vorhin auf meinen Nachbarlandkreis Neuburg-Schrobenhausen hingewiesen, der heute einen so guten Inzidenzwert hat. Gott sei Dank ist das in meinem Stimmkreis Eichstätt auch so! Gut schaut es auch in Ingolstadt aus. Gehen Sie aber mal nach Kelheim, nach Neumarkt und Schwandorf, so wird es relativ schnell schwierig.

Wir hier können deshalb planen, was wir wollen. Sie können Vier-, Fünf-, Sechs-, Sieben-, Acht- oder Neun-Punkte-Pläne machen. Das geht wunderbar. Wir können diese Pläne auch durch irgendwelche Fachleute hinterlegen.

Was wir aber nicht können: das Virus wirklich in den Griff bekommen. Das Virus hält sich nicht an Pläne.

(Zuruf)

Das Virus hält sich auch nicht an irgendwelche Vorgaben, sondern das Virus hält sich an Strategien. Unsere Strategie – nämlich: Vorsicht, Umsicht und Zuversicht – besagt, dass wir nach wie vor vorsichtig sein müssen.

Nach wie vor müssen wir wichtige vulnerable Gruppen im Auge behalten.

(Zuruf)

– Das sind die Kinder, vollkommen richtig! – Die strategische Perspektive wird sein, Kinder und Schulen in Öffnungsideen und -überlegungen zuallererst einzubeziehen. So soll das auch auf der morgigen MPK geschehen.

Wir müssen aber gleichzeitig nach wie vor auch die Menschen schützen, die in Altenheimen oder Krankenhäusern um ihr Leben kämpfen. Schützen müssen wir aber auch die Menschen, die sich bewundernswert um sie kümmern.

Ja, wir brauchen Perspektiven für viele. Wir brauchen Perspektiven nicht nur für den Handel und für Familien, sondern für uns alle, damit wir wissen, wie wir mit diesem Virus in Zukunft umgehen können; denn die Pandemie ist nach wie vor am Laufen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, manchmal kommt mir die FDP ein bisschen so wie meine Kinder in der Pubertät vor: Andere machen es besser, andere dürfen mehr, andere können mehr! – Das richtige Verhalten verantwortungsbewusster Personen – von Eltern, von Politikerinnen und Politikern sowie unseres Ministerpräsidenten – besteht letztendlich darin, konsequent und offen, vielseitig und nicht einseitig und vor allen Dingen verantwortungsbewusst mit der jetzigen Situation umzugehen.

Wir diskutieren deshalb nicht wie andere Länder in der Öffentlichkeit irgendwelche wilden Strategien, sondern bereiten Strategien vor. Wir versuchen in der morgigen MPK gemeinsam und verantwortungsbewusst, Öffnungsstrategien zu entwerfen. Wir versuchen, uns daran vorsichtig heranzutasten. Gleichzeitig sind wir aber nicht blauäugig.

Das große Problem ist nämlich, immer zu meinen, dass es, wenn man diese oder jene Inzidenz festsetzt, dann auch so passiert. Wenn wir die Inzidenz des letzten Jahres nehmen, um Öffnungsszenarien durchzuziehen, dann heißt das: Öffnung der Gastro ab einer Inzidenz von 22, des Handels ab einer Inzidenz von 7. So haben wir es letztes Jahr gemacht.

Sie von den GRÜNEN – jetzt ist Frau Schulze nicht da – haben es eigentlich ganz richtig gesagt: Man weiß nicht, wo man sich ansteckt. Vor allen Dingen weiß man nicht, in welchen Bereichen man sich am wahrscheinlichsten ansteckt.

Ich wage zu behaupten, dass sich viele von uns – ein Kollege ist ja gerade schwerst erkrankt – ernsthaft überlegen, wo sie sich infiziert haben. Man kann das aber in den wenigsten Fällen tatsächlich zurückverfolgen. Das Virus meldet sich nicht und sagt: Hallo, hier bin ich! Ich habe dich jetzt angesteckt. Oft kommt die Erkenntnis erst Tage, manchmal sogar über eine Woche später.

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, wir alle brauchen Perspektiven. Wir brauchen auch Zuversicht. Vor allen Dingen aber brauchen wir Verantwortungsbewusstsein und Ehrlichkeit.

Heute ist schon das Beispiel Südtirol angesprochen worden. Viele von uns fahren da ja regelmäßig hin. Das Beispiel Südtirol zeigt uns, dass man mit falsch verstandenen Öffnungsideen genau in die entgegengesetzte Richtung wandert. Herr Kurz musste gerade für das Bundesland Tirol eine Warnung ausgeben. Ich möchte nicht in einem Deutschland leben, in dem es heißt, man dürfe nicht mehr in dieses oder jenes Bundesland reisen.

Deswegen unsere Strategie: verantwortungsbewusst, zuversichtlich, rücksichtsvoll und vor allen Dingen die Kinder im Blick! Das hat uns der Ministerpräsident zugesagt.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Die Aktuelle Stunde ist damit beendet.